



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung (WBF)  
Herr Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

Zürich/Bern/Delémont, 12. Februar 2016

**Beurteilung Exportgesuche für Wehrtechnik-Produkte: gleich lange Spiesse für die Schweizer Industrie – Branche bangt um ihre Arbeitsplätze**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Zurzeit ist eine Reihe von Exportgesuchen hängig, die vom Bundesrat zu beurteilen ist. Wir erlauben uns, dem Bundesrat in Erinnerung zu rufen, dass die für die Schweizer Sicherheit wichtige Rüstungsindustrie für ihr Überleben auf den Export von Wehrtechnik angewiesen ist. Dafür benötigt sie wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die sich an denjenigen der europäischen Partnerstaaten orientieren. Andernfalls werden Arbeitsplätze vernichtet.

Die konjunkturelle Entwicklung gestaltet sich schwierig, die Arbeitslosigkeit steigt an. Zudem ist die globale Entwicklung ist getrübt, China und die USA schlingern. Täglich liest man Hiobsbotschaften über Stellenabbau und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Beispiele sind Alstom/GE, Zurich, Bucher, sia Abrasives, Sauter-Gruppe, Credit Suisse, Rieter, Vectronix etc. Der Dienstleistungssektor kann den Abbau in der Industrie nicht wie in den 1990er Jahren auffangen.

Bei den hängigen Exportgesuchen geht es um substantielle Geschäftsvolumen. Darüber hinaus geht es mittelfristig um weitere Bestellungen in noch viel grösserem Umfang, die aufgrund eines allfälligen negativen Präjudizes aber nie zum Tragen kommen würden. Können die dringend benötigten Aufträge nicht abgewickelt werden, fehlt die Auslastung. Die Folgen sind ein Abbau von Arbeitsplätzen oder komplette Betriebsschliessungen. Konservativ gerechnet stehen rund 7500 Arbeitsplätze auf dem Spiel, jene also, die direkt mit dem Export zusammenhängen, rund die Hälfte der Arbeitskräfte in der Branche. Wenn dieser Teil wegbriecht, muss man auch die unvermeidbaren Auswirkungen auf weitere Sektoren berücksichtigen, wie die Herstellung und den Handel ziviler und Dual-use-Güter. Dann könnte diese Zahl ohne weiteres steigen. Neben den Arbeitsplätzen ginge auch wertvolles Know-how für den Erhalt der Kapazitäten für die Schweizer Armee verloren und damit einhergehend eine gefährliche Abhängigkeit vom Ausland.

Wir laden Sie ein, dem sicherheitspolitisch motivierten Auftrag im Kriegsmaterialgesetz entsprechend, eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrecht zu erhalten sowie der Revision der Kriegsmaterialverordnung vom 19. September 2014 eine hohe Bedeutung beizumessen. Wir bitten Sie überdies, sich



betreffend Jemen-Konflikt an Ihrer Antwort auf die Interpellation 09.5304 zu orientieren. Damals hielt der Bundesrat fest, dass „gemäss der Bewilligungspraxis des Bundesrates ein interner bewaffneter Konflikt vorliegt, wenn im Empfängerstaat für das Kriegsmaterial ein interner bewaffneter Konflikt herrscht.“

Die Arbeitnehmer in der Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie sind auf verlässliche und berechenbare rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen. In diesem Sinne bitten die unterzeichnenden Organisationen im Namen der rund 15 000 Arbeitskräfte in der Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie den Bundesrat, sich – wie für die Schweiz üblich –, an der europäischen Bewilligungspraxis zu orientieren und den vorhandenen Handlungsspielraum zu nutzen.

Freundliche Grüsse

Nationalrätin Corina Eichenberger  
Co-Präsidentin Arbeitskreis Sicherheit und  
Wehrtechnik (asuw)

Ständerat Isidor Baumann  
Co-Präsident Arbeitskreis Sicherheit und  
Wehrtechnik (asuw)

Nationalrat Jean-François Rime  
Präsident Schweizerischer  
Gewerbeverband,  
Co-Präsident Arbeitskreis Sicherheit  
und Wehrtechnik (asuw)

Nationalrat Hans-Ulrich Bigler  
Direktor Schweizerischer Gewerbeverband

Peter Dietrich  
Direktor SWISSMEM

Bruno E. Giger  
President SWISS ASD, The  
Aeronautics, Security & Defence  
Division of SWISSMEM

Markus Niederhauser  
Président Groupe Romand pour le Matériel  
de Défense et de Sécurité GRPM